

# UIP-Empfehlung für Peitinger Bürgerentscheid

Schon im April 2015 hat die Umweltinitiative Pfaffenwinkel die Peitinger Bürgerinnen und Bürger dazu
ermuntert, sich für den Erhalt der großen
Bäume in der östlichen Bahnhofstraße
einzusetzen – mit Erfolg. Denn bei einem
Bürgerbegehren im Frühsommer konnten so viele Unterschriften gesammelt
werden, dass am 16. Oktober ein Bürgerentscheid stattfinden wird. Wieder bittet
die UIP die Wahlberechtigten, sich für den
Erhalt der alten Bäume in der Bahnhofstraße einzusetzen.

Die östliche Bahnhofstraße ist zu eng für Bäume, eine Fahrbahn, einen Gehweg und einen Radweg. Aber das ist kein Grund, die Bäume zu opfern. Es gibt moderne erprobte Verkehrskonzepte, die weniger Platz in Anspruch nehmen, weil sich alle Verkehrsteilnehmer den verfügbaren Platz gleichberechtigt teilen. Das geht natürlich nur, wenn dafür ein Verkehrskonzept erstellt wird, in dem alle aufeinander Rücksicht nehmen müssen. So ein "verkehrsberuhigter Bereich" sorat – wie der Name schon sagt – für eine ruhige, friedliche Atmosphäre im Schatten der alten Bäume, selbst wenn in diesem Straßenabschnitt künftig mehr Verkehr zu erwarten sein sollte.

Der Peitinger Gemeinderat hat den Entwurf für den Ausbau der Bahnhofstraße vom 30.06.2015 akzeptiert, das heißt, er hat zugestimmt, dass in dem Bauabschnitt zwischen Ferdinand-Reber-Straße und Schönriedlstraße alle Bäume entlang der Nordseite der Bahnhofstraße gefällt werden. Neupflanzungen sind dort nicht vorgesehen. Auch zwischen Ferdinand-Reber-Straße und Bergwerkstraße sollen zahlrei-

che alte Bäume ersatzlos verschwinden oder durch jüngere Bäume ersetzt werden.

Das hat den Protest vieler Bürgerinnen und Bürger und auch der Umweltinitiative Pfaffenwinkel hervorgerufen. Ein Bürgerbegehren, das den Erhalt der Bäume zum Ziel hatte, wurde angestrengt und war erfolgreich. Der Gemeinderat ließ sich nicht zu einer Änderung der Planung bewegen und muss deshalb am 16. Oktober einen Bürgerentscheid durchführen. Fast 10.000 Wahlberechtigte in Peiting und den dazugehörigen Ortsteilen sind aufgerufen, für oder gegen den Erhalt der Bäume zu stimmen. Nur wenn mindestens 20 Prozent davon - also 1.864 Wahlberechtigte - ihr Votum abgeben, ist das Ergebnis des Bürgerentscheids bindend.

Wenn eine Mehrheit für den Erhalt der Bäume stimmt, dann

- bleibt mit dem alten Allee-Baumbestand ein ortsprägendes Bild erhalten,
- können die alten Bäume weiterhin Sauerstoff liefern und Schadstoffpartikel aus der Luft herausfiltern,
- muss nicht so viel Fläche versiegelt werden wie nach der jetzigen Planung,
- profitieren die Anwohner von Lärmreduzierung und die Verkehrsteilnehmer von einem besseren Verkehrsklima.

Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel bittet die Wahlberechtigten, sich (auch per Briefwahl) zu folgender Frage zu äußern: "Sind Sie dafür, dass die alten Bäume an der Bahnhofstraße in den geplanten Bauabschnitten II und III (nach der Kreuzung Bergwerk-, Kapellenstraße bis zur Schönriedlstraße) in Peiting erhalten bleiben und die diesbezügliche Planung dort geändert wird?"

### Leserbrief zum Beitrag "Flagge zeigen oder naive Toleranz"

von Wolfgang Fischer in der Septemberausgabe des OHA, Seite 8.

Wolfgang Fischer bringt die Problematik im Umgang mit Artikeln wie dem von Kutza und Keller sehr schön auf den Punkt. Der OHA erhebt den Anspruch sowohl "überparteilich, unabhängig und unzensiert" zu sein, als auch ein "Forum (zu sein) für alle, die sich für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz einsetzen".

Ich kann die Hemmungen, diesen Artikel zu veröffentlichen, verstehen. Die in ihm vertretenen Standpunkte passen nicht in den OHA. Und wenn nur ein Leser sie sich zu eigen machte, wäre das schlimm. Ich kann auch die Ängste (z. B. von Herrn Waterloo) bzgl. der Veröffentlichung dieses Artikels sehr gut nachempfinden. Trotzdem sehe ich, solange

solche Artikel Einzelfälle bleiben und die passende Reaktion der Leserschaft und der Redaktion hervorrufen – was hier geschehen ist –, den Status des OHA als "Forum … (s. o.)" nicht beschädigt oder gar gefährdet.

Die Einführung einer Zensur halte ich dagegen für eine Maßnahme, die der OHA nur in äußerster Not ergreifen sollte. Denn abgesehen davon, dass damit ein wichtiges Prinzip aufgegeben würde, wäre es danach sehr schwierig, die richtige Grenze für Veröffentlichungen zu finden. Dazu fällt mir der Spruch ein "freedom dies by inches" (frei übersetzt: Freiheit stirbt scheibchenweise).

In diesem Fall neige ich also zur "naiven Toleranz". **Christian Weber, Weilheim** 

## Das Ammergebirge schätzen und schützen

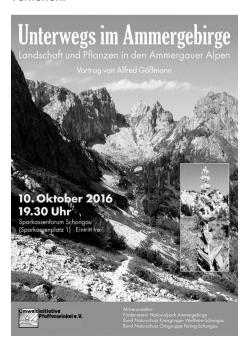
er Biologe und Naturschützer Alfred Gößmann hat bei 13 Wanderungen im Ammergebirge fotografiert. Die Highlights zeigt er am 10. Oktober bei einem Vortrag im Schongauer Sparkassenforum.

Das Ammergebirge, der eher kleine Teil der Alpen zwischen Loisach und Lech, weist wegen seiner großen geologischen Vielfalt einen großen Artenreichtum der alpinen Flora auf und bietet Lebensraum für bedrohte Tierarten wie z. B. Auerwild und Birkwild. Das Besondere daran ist der natürliche Bergmischwald: Im Ammergebirge findet sich das größte zusammenhängende Bergmischwaldvorkommen Deutschlands.

Die Fotos von Alfred Gößmann sind bei seinen Wanderungen in den 90er-Jahren und 2012 entstanden. Sie zeigen die landschaftliche Schönheit und die botanische Vielfalt der Ammerberge und sind gute Argumente für Gößmanns These: Das Ammergebirge verdient optimalen Schutz und sollte deshalb zum Nationalpark werden.

Der Vortrag am 10. Oktober um 19.30 Uhr im Schongauer Sparkassenforum wird gemeinsam veranstaltet von der Umwelt-initiative Pfaffenwinkel, dem Bund Naturschutz Kreisgruppe Weilheim-Schongau und Ortsgruppe Peiting-Schongau sowie dem Förderverein Nationalpark Ammergebirge.

Alfred Gößmann war früher Biologielehrer am Schongauer Gymnasium. 2015 wurde dem anerkannten Orchideenexperten und engagierten Naturschützer für seine ehrenamtliche Arbeit die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland verliehen.



### Mischwald schützt vor Humusverlust in den Bergen

enn Wetterphänomene wie Trockenheit oder Starkregen weiter zunehmen, sind die Wälder der Alpen in Gefahr. Denn eine Studie der Technischen Universität München (TUM) weist einen signifikanten Humusverlust im Bergwald der Bayerischen Alpen innerhalb von drei Jahrzehnten nach. Die Studienautoren empfehlen, den Bodenhumus trotz Klimawandels durch humusförderndes Waldmanagement zu bewahren oder idealerweise zu steigern, um die Schutzfunktion des Gebirgswalds zu erhalten und Hochwasser abzumildern.

Der Humusvorrat spielt eine ausschlaggebende Rolle für die Fruchtbarkeit, den Wasserhaushalt und die Nährstoffversorgung von Böden. Frühere Studien belegen, dass Mikroorganismen den im Humus gebundenen Kohlenstoff verstärkt freisetzen. Vor allem in kühlen Gebirgslagen reagieren sie sehr empfindlich auf eine wärmere Witterung durch die Klimaerwärmung. Damit verringert sich eine weitere, wichtige Eigenschaft der Böden: Ihre Funktion als Speicher von Kohlendioxid, welches nach seiner Freisetzung zur Erderwärmung beiträgt.

Bislang ist nicht exakt erhoben worden, wie sich der Humusvorrat von Böden der Alpen über die Jahre verändert – und Berechnungen dazu waren relativ ungenau. Wissenschaftler der TU München haben nun eine Studie in Nature Geoscience publiziert, die Veränderungen der Humusvorräte von Böden in den Alpen anhand der Daten von 35 Gebirgswäldern und Almwiesen aufzeigt. Sie zogen dazu zwei unabhängig voneinander durchgeführte Untersuchungen heran, die Rückschlüsse darauf erlauben, wie sich die Bodenverhältnisse in den vergangenen 30 Jahren verändert haben.

Eine der beiden Untersuchungen umfasste das gesamte Areal der Bayerischen Alpen auf einer Fläche von 4500 Quadratkilometern zwischen den Jahren 1986 und 2011. Dabei wurden alle wichtigen Wald- und Bodentypen berücksichtigt. In der zweiten Untersuchung wurden typische Gebirgsfichtenwälder im Berchtesgadener Land über eine Fläche von 600 Quadratkilometern ab 1976 beobachtet.

"Überraschend war für mich, dass die Humusvorräte der Waldböden in nur drei Jahrzehnten derart stark und statistisch signifikant abgenommen haben", sagt Professor Jörg Prietzel vom Lehrstuhl für Bodenkunde der TUM. Um durchschnittlich rund 14 Prozent hat sich der Humusvorrat der Waldböden in den Bayerischen Alpen im untersuchten Zeitraum verringert.

Am stärksten fiel der Humusverlust in Böden aus Kalk- oder Dolomitgestein aus. Diese

büßten im Durchschnitt knapp ein Drittel ihrer Humusmasse ein. "Insgesamt fällt das Ergebnis bei beiden Untersuchungen trotz unterschiedlicher Herangehensweisen und Regionen nahezu identisch aus", erklärt Erstautor Prietzel. Eine forstliche Nutzung fand im untersuchten Zeitraum auf den Studienflächen nicht statt, der Humusschwund muss daher eine Folge des sich verändernden Klimas sein.

Der Humusrückgang scheint an die Klimaerwärmung gekoppelt, welche die Wetterstationen in den Bayerischen Alpen für die vergangenen hundert Jahre und insbesondere für die vergangenen Jahrzehnte verzeichnen. "Besonders stark betroffen sind die Alpen im Berchtesgadener Land", erläutert Professor Prietzel, dort sei nämlich die mittlere Lufttemperatur in den Sommermonaten besonders stark angestiegen. In Regionen mit einer höheren Temperatur erwärmen sich die Böden ebenfalls stärker – all das in Kombination ist vermutlich eine wesentliche Ursache für den fortschreitenden Humusabbau.

### Exkurs: Kein Humusverlust in Almwiesenböden

Im Gegensatz zu den Waldböden verloren die untersuchten Almwiesenböden in den Berchtesgadener Alpen in den vergangenen 30 Jahren keinen Humus. Sie sind aber ausnahmslos humusärmer als unmittelbar angrenzende Böden unter Wald.

Die Autoren der Studie vermuten, dass die Almwiesenböden, die vor Beginn der Almwirtschaft vor vielen hundert Jahren auch einmal bewaldet waren, einen wesentlichen Teil ihres ursprünglichen Humusvorrats relativ bald nach Rodung der Wälder und Umwandlung in Almwiesen verloren haben. Der verbleibende Teil liegt nicht, wie es oft in Waldböden der Fall ist, als "Auflagehumus" auf dem Boden auf, sondern befindet sich tiefer im Boden und ist dort stärker vor dem Zugriff humusabbauender Mikroorganismen geschützt.

### Humusförderndes Waldmanagement: Die Mischung bringt's

Schlussendlich gehen die Wissenschaftler davon aus, dass in den Alpen die durchschnittlichen sommerlichen Temperaturen weiter ansteigen und extreme Wetterphänomene zunehmen werden. Somit wird es vermehrt zu längeren ausgeprägten Trockenperioden, aber auch zu Starkregen kommen. Eine mächtige wasserspeichernde Humusschicht kann die Auswirkungen solcher Extremwetterlagen auf den Gebirgswald und die Gebirgslandschaft abmildern. Sie speichert Wasser für die Bäume und die alpine Flora und reduziert damit gleichzeitig Hochwasser nach Starknie-

derschlägen. Um diese Funktionen des Humus zu erhalten, muss dem klimawandelbedingten Humusschwund aktiv entgegengewirkt werden, indem er wieder aufgebaut wird.

Von zentraler Bedeutung sind "resiliente", gegen Extremereignisse stabile Gebirgswälder, die sich durch eine Mischung unterschiedlich alter Bäume möglichst vieler verschiedener Baumarten auszeichnen. Die Bäume dieser Wälder liefern laufend humusbildende Streustoffe wie etwa Blätter, Nadeln, Wurzeln oder Reisig und erhalten selbst in heißen Sommern ein konstant kühles "Waldklima", was den Humusabbau durch Bodenmikroorganismen verlangsamt. Außerdem verhindern sie erosionsbedingte Humusverluste durch Starkregen, Schneegleiten oder Lawinen.

Jörg Prietzel, Lothar Zimmermann, Alfred Schubert and Dominik Christophel: Organic matter losses in German Alps forest soils since the 1970s most likely caused by warming, Nature Geoscience 13. Juni 2016.

Quelle: www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen

## Weilheim-Schongau gegen CETA, TTIP & TISA



Auch das "Stopp-TTIP/CETA/TISA"-Bündnis Weilheim-Schongau hat beigetragen zu dem großen Erfolg der bundesweiten Demonstrationen am 17. September 2016. Mit mehreren Bayern-Tickets fuhren Gegnerinnen und Gegner der Freihandelsabkommen nach München, um zu verhindern, dass den Kommunen und Gesetzgebern die Gestaltungshoheit genommen wird. Sie wollen regionale Wirtschaftskreisläufe, die die Umwelt schonen, und lehnen die Globalisierung ab, die einhergeht mit gigantischer Ressourcenverschwendung.

Wenn die gewählten Politikerinnen und Politiker nicht unsere Interessen vertreten, müssen wir das selbst machen und nicht nur CETA und TTIP verhindern, sondern auch TISA, das Dienstleistungsabkommen zwischen 23 Staaten. All diese Abkommen haben das gleiche Ziel: Handelshemmnisse abbauen – und dazu gehören zum Beispiel Umwelt- und Sozialstandards.









Berlin/Hamburg/München, den 16. September 2016

#### Offener Brief: Die Brennelementesteuer muss entfristet werden

Sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Schäuble, sehr geehrte Frau Umweltministerin Dr. Hendricks, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister Gabriel, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Kauder, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Oppermann,

die Brennelementesteuer (Kernbrennstoffsteuer) wurde im Jahr 2011 mit dem Ziel eingeführt, die AKW-Betreiber an den gesellschaftlichen Kosten der Atomenergie zu beteiligen und Wettbewerbsvorteile der Atomkraft zu reduzieren. Unter anderem ging es darum, die Belastung der SteuerzahlerInnen etwa durch die Sanierung des Atommülllagers Asse II zu reduzieren und die durch die Einführung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate verursachten leistungslosen Zusatzgewinne der AKW abzuschöpfen.

Für eine Befristung der Kernbrennstoffsteuer gab es bereits damals keine plausible Erklärung. Aktuell kommen weitere triftige Gründe für eine Beibehaltung der Steuer hinzu. So plant die Bundesregierung, die Energieunternehmen für einen "Risikoaufschlag" von sechs Milliarden Euro aus ihrer Haftung für künftige Kosten der Atommülllagerung zu entlassen. Das bedeutet ein weiteres Aufweichen des eigentlich geltenden Verursacherprinzips. Das Risiko steigender Kosten und einer niedrigeren Zinsentwicklung, auf das auch das vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Gutachten (Warth & Klein 2015) ausdrücklich hinweist, trägt jetzt der Steuerzahler. Am Ende wird der Bund mit Milliardenbeträgen einspringen

Gleiches gilt für die weitere Sanierung der in erster Linie mit westdeutschen AKW-Abfällen befüllten Atommüllager Asse II und Morsleben. Voll zu Lasten des Fiskus geht darüber hinaus die Lagerung des Atommülls aus den ehemals kommerziellen Atomkraftwerken AVR Jülich und THTR Hamm-Uentrop. Ebenso trägt der Staat einen ungerechtfertigt hohen Anteil an den Abrisskosten der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK). Um die Haushaltsbelastung des Bundes durch diese Atom-Folgekosten zu verringern, ist es dringend geboten, die Kernbrennstoffsteuer auch weiterhin zu erheben.

Die Brennelementesteuer reduziert zudem die ungerechtfertigte Bevorzugung von Atomkraftwerken im Strommarkt. Es wäre ein fatales Signal, wenn die AKW-Betreiber für ihre längst abgeschriebenen Reaktoren erneut einen Wettbewerbsvorteil erhalten würden.

Wir fordern Sie daher auf, einen Gesetzesentwurf vorzubereiten, der die bisherige Befristung der Kernbrennstoffsteuer aufhebt.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Hacker Vorstand Umweltinstitut München

Quistic Aches

Jochen Stay Sprecher .ausgestrahlt Man Lip

Prof. Dr. Hubert Weiger Vorsitzender BUND



### Pressesprecherin und verantwortlich für Seite 6, 7 und 8:

Claudia Fenster-Waterloo (V.i.S.d.P. und Autorin aller nicht namentlich gekennzeichneten Artikel) Hammerschmiedstr. 8a 86989 Steingaden Tel.: 08862 932430

mail@german-editors.de

Internet: www.uip-online.de

#### Satz und Layout:

Jürgen Müller, j.mueller6@gmx.net

#### Das nächste UIP-Treffen:

Dienstag, 11. Oktober 2016, 19:30 Uhr in der Zechenschenke (Zechenstraße 2 in Peiting)

## QuarkXPress-Layouter oder -Layouterin gesucht

Vor fast zehn Jahren hat Jürgen Müller im OHA das Layout der drei Seiten der Umweltinitiative Pfaffenwinkel übernommen und seitdem jeden Monat die UIP-Seiten gestaltet – immer zur vollen Zufriedenheit der anderen UIP-Mitglieder und natürlich immer ehrenamtlich. Nun sucht er einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin.

Welches UIP-Mitglied hat QuarkX-Press zur Verfügung und ist bereit, jeden Monat den drei UIP-Seiten ein "Gesicht" zu geben?

Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V. ist ein gemeinnütziger Verein. Alle Spenden sind also steuerlich abzugsfähig. Spendenkonto: Kreissparkasse Schongau ⋅ IBAN: DE16 7345 1450 0000 1099 00 ⋅ BIC: BYLADEM1SOG



